

STANDPUNKT

Von Roland Herold

Schlichte neue Lebensmittelwelt



Rot ist böse, gelb manchmal. Grün geht immer. Der Horizont am Kühlregal könnte so überschaubar sein, wenn die EU die Lebensmittelampel beschlossen hätte. Hat sie aber nicht. Nun werden die Supermärkte ab 2014 wohl Lese-Ecken einrichten müssen, damit sich die Verbraucher nach Arbeitsschluss in Ruhe über Zusammensetzung, Kalorienmenge und Mineraliengehalt ihrer Lebensmittel informieren, damit sie vergleichen und kurz vor Ladenschluss womöglich doch noch zum Kauf schreiten können. Zögerliche werden dabei womöglich verhungern. Wenn es denn also wirklich so ist, dass man den Menschen wieder erklären muss, dass Obst und Gemüse, Milch und Vollkornbrot, Fisch, fettarmes Fleisch und Mineralwasser zu einer gesunden Ernährung gehören, dann ist der Brüsseler Beschluss tatsächlich ein Fortschritt. Was aber, wenn die Cola-, Burger-, Bagel- und Coffee-to-go-Generation gar nicht aufgeklärt werden will? @ r.herold@lvz.de

KOMMENTAR

Von Frank Johannsen

Mulmiges Gefühl an Supermarkt-Kasse



Die Meldung ist alarmierend: Selbst im Supermarkt fassen Kriminelle jetzt schon EC-Karten-Daten ab, um dann die Konten leerzuräumen. Am Geldautomaten hatte man sich längst an diese Gefahr gewöhnt. Für viele ist das Rütteln an der Tastatur, um zu testen, ob es sich um eine Attrappe handelt, und das Abdecken der Hand bei der Pin-Eingabe längst Routine. Und ein leicht mulmiges Gefühl bleibt trotz aller Vorsicht. Doch an der Supermarktkasse war die Welt bisher noch in Ordnung. Wie, so möchte man denken, sollen Kriminelle denn hier unbemerkt die Geräte manipulieren? Dabei gab es vereinzelt schon zuvor immer mal solche Fälle, erst vergangenen Monat etwa in einem Baumarkt in Hannover. Der Lebensmitteleinzelhandel blieb bisher aber eher verschont. Damit ist es nun vorbei. So mancher wird die guten alten Zeiten zurücksehnen, als nur bar oder per Scheck bezahlt wurde. Auch wenn die Bankkunden, deren Konten geplündert werden, ihren Schaden in aller Regel ersetzt bekommen – den Ärger haben sie trotzdem. Ein Zurück in die Zeit vor Einführung der EC-Karte ist jedoch kaum noch möglich, schon weil die Banken gar kein Interesse daran haben, all die Geschäfte, die die Kunden jetzt am Automaten erledigen, wieder am Schalter bearbeiten zu müssen. Und auch viele Supermärkte, die inzwischen am liebsten selbst das Einschannen der Ware dem Kunden überlassen möchten, haben kaum noch Interesse an Barzahlung. Dafür sind beide auch in der Pflicht, für Sicherheit zu sorgen. Die lange angekündigte Abschaltung der manipulationsanfälligen Magnetstreifen muss endlich umgesetzt werden. Und die Supermärkte müssen für sichere Lesegeräte sorgen, auch wenn das mehr kostet. Sonst könnte das Vertrauen der Kunden in das bargeldlose Bezahlen bald ganz dahin sein. @ f.johannsen@lvz.de

PRESSESCHAU

Zu 60 Jahre Bundesverfassungsgericht meint die Braunschweiger Zeitung: „Viel leicht mischt sich in die Anerkennung, die dem Gericht heutzutage allenthalben zu teil wird, auch ein Hauch Sehnsucht nach Überparteilichkeit. Das ist erlaubt, aber es sollte die Akzeptanz des für die Demokratie lebenswichtigen Parteienbetriebes nicht aushöhlen.“

Zur Gesundheitskarte findet der Nordbayerische Kurier (Bayreuth): „Dem Versicherten wird unwohl, wenn er sich ausmalt, was auf der neuen Gesundheitskarte gespeichert sein dürfte. Damit wird endgültig der gläserne Patient geschaffen. Und die Begehrlichkeit wird wachsen, an diese intimen Daten zu kommen. Gut 70 Millionen gesetzlich Versicherte werden bald ein Kärtchen mit sich herumtragen, auf dem ihr Innerstes enthalten ist.“

Zum Siedlungsbau in Israel bemerkt die Berliner Zeitung: „Israels Premier Benjamin Netanyahu zementiert ungerührt seine Bedingungen in den Boden – und fordert zugleich, die Verhandlungen sollten ohne Vorbedingungen geführt werden.“

Zur Finanztransaktionssteuer schreibt die Südwester Presse (Ulm): „Nach der Finanzkrise vor drei Jahren hat die Politik weltweit heiße Erde auf die Zähmung des Finanzkapitalismus geschworen. Zu zaghaft war, was folgte. Die EU setzt das richtige Zeichen zur richtigen Zeit. Einer muss den Anfang machen.“

Bundestag stimmt mit großer Mehrheit und mit Kanzlermehrheit für Rettungsschirm / Chronologie der Debatte

Berlin Mit der politisch wichtigen Kanzlermehrheit hat der Bundestag die Ausweitung des Euro-Rettungsschirms EFSF gebilligt. Damit können sich Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und ihre schwarz-gelbe Koalition trotz mehrerer Abweichler in den eigenen Reihen gestärkt fühlen. Der Euro-Showdown im Parlament – eine Chronik der Rettungsschirm-Debatte aus dem Bundestag:

Von REINHARD ZWEIGLER und FRANK LINDSCHEID

8.15 Uhr: Peter Altmaier, Fraktionsgeschäftsführer der Union, verschickt letzte SMS-Appelle an die Wackelkandidaten. Der Saarländer hat eine kurze Nacht und viel politische Kärnerarbeit hinter sich. Er startet mit einem „guten Gefühl“ in den Parlamentstag.

9.01 Uhr: Bundestagspräsident Norbert Lammert eröffnet die Sitzung. Die Kanzlerin kommt drei Minuten zu spät.

Jürgen Trittin (Grüne): Dieses Zaudern und Zögern hat den deutschen Steuerzahler viel Geld gekostet. Diese Krise ist zu groß für kleine Schritte und offensichtlich zu groß für Sie.

Gefolgt von Regierungssprecher Steffen Seibert eilt Angela Merkel dem Plenarsaal zu. Sie trägt beige, dazu ihre orangene Lieblings-Handtasche, ringt sich ein Alles-wird-gut-Lächeln ab.

9.05 Uhr: Fraktionschef Volker Kauder (CDU) richtet seinen Appell mehr an die eigenen Reihen: Der Rettungsschirm diene nicht zuletzt dazu, auch die deutsche Wirtschaft, deutsche Banken zu schützen. Der SPD wirft er vor, sie wolle mit Eurobonds eine „Vergemeinschaftung von Schulden“.

Gregor Gysi (Linke): Ich bin naiv, ich dachte während der Finanzkrise nimmt die Zahl der Vermögensmillionäre ab. Aber in Wirklichkeit ist ihre Zahl um 51.000 auf 861.000 gestiegen – erklären Sie mir das.

9.18 Uhr: Peer Steinbrück (SPD) wirft der Kanzlerin vor, Europa sei eine Veranstaltung von 26 Regierungschefs und einer Frau. Angela Merkel habe unzureichend klar gemacht, dass die Union vor allem Rechtsstaatlichkeit, Freizügigkeit, Meinungsfreiheit, Wohlstand für die Menschen bedeute. Zwar sei Merkels Satz, wenn der Euro scheitert, scheitere Europa, richtig. Doch CSU-Chef Horst

Wolfgang Schäuble (CSU), Euro-Rettungsschirm-Kritiker, in einer Erklärung: Die Höhe der deutschen Bürgerschaft ist wertlos. Zinsen und Kosten sind nicht ausgewiesen.

Zwischenruf von Grünen-Fraktionschef Trittin, meint Brüderle, Trittin habe Deutschland das Dosenpfand beschert, nun müsse verhindert werden, dass die Grünen Europa eine „Blech-Währung“ bescherten. „Besseres sind noch keine Bessermacher“, ruft der FDP-Mann in die aufgebracht Oppositionsreihen.

9.57 Uhr: Linken-Fraktionschef Gregor Gysi erklärt, die EFSF sei ein „Rettungsschirm für die Banken“, nicht für die Menschen. Es sei ein „Skandal“, dass nicht der Bundestag, sondern lediglich ein „Geheimausschuss“ von neun

Seehofer sehe das anders. „In welchem Orbit zieht Seehofer seine Kreise?“, versucht Steinbrück einen Keil ins Unionslager zu treiben. Mit dem Ankauf von Staatsanleihen habe die Europäische Zentralbank längst den Weg in die „Haftungs-Union“ eröffnet. Er fordert eine „europäische Erzählung“. Merkel tippt unter dem Tisch eine SMS in ihr Handy.

9.41 Uhr: Rainer Brüderle (FDP-Fraktionschef) nimmt sich die Opposition zur Brust. Im EU-Parlament hätten es rote und grüne Abgeordnete abgelehnt, den Euro-Stabilitätspakt zu stärken. „Sie haben sich vom Acker gemacht.“ Auf einen



9.01 Uhr: Bundestagspräsident Norbert Lammert eröffnet die Sitzung. Die Kanzlerin kommt drei Minuten zu spät.



Gefolgt von Regierungssprecher Steffen Seibert eilt Angela Merkel dem Plenarsaal zu. Sie trägt beige, dazu ihre orangene Lieblings-Handtasche, ringt sich ein Alles-wird-gut-Lächeln ab.

9.05 Uhr: Fraktionschef Volker Kauder (CDU) richtet seinen Appell mehr an die eigenen Reihen: Der Rettungsschirm diene nicht zuletzt dazu, auch die deutsche Wirtschaft, deutsche Banken zu schützen. Der SPD wirft er vor, sie wolle mit Eurobonds eine „Vergemeinschaftung von Schulden“.



9.18 Uhr: Peer Steinbrück (SPD) wirft der Kanzlerin vor, Europa sei eine Veranstaltung von 26 Regierungschefs und einer Frau. Angela Merkel habe unzureichend klar gemacht, dass die Union vor allem Rechtsstaatlichkeit, Freizügigkeit, Meinungsfreiheit, Wohlstand für die Menschen bedeute. Zwar sei Merkels Satz, wenn der Euro scheitert, scheitere Europa, richtig. Doch CSU-Chef Horst



Zwischenruf von Grünen-Fraktionschef Trittin, meint Brüderle, Trittin habe Deutschland das Dosenpfand beschert, nun müsse verhindert werden, dass die Grünen Europa eine „Blech-Währung“ bescherten. „Besseres sind noch keine Bessermacher“, ruft der FDP-Mann in die aufgebracht Oppositionsreihen.

9.57 Uhr: Linken-Fraktionschef Gregor Gysi erklärt, die EFSF sei ein „Rettungsschirm für die Banken“, nicht für die Menschen. Es sei ein „Skandal“, dass nicht der Bundestag, sondern lediglich ein „Geheimausschuss“ von neun

Mitgliedern des Haushaltsausschusses über wichtige Fragen der ESFS-Umsetzung entscheide. Er erwarte eine „Garantieerklärung“ der Kanzlerin, dass die Menschen nicht für die möglichen Lasten des Rettungsschirms zahlen müssten. Die „Vermögenden“ zahlten nicht einen halben Cent für die Bewältigung



10.28 Uhr: Wolfgang Schäuble rollt ans Rednerpult. Es wird ruhiger im Saal. Er verweist auf die Sorgen der Menschen um die Stabilität der Währung. „Sind unsere Entscheidungen zu verantworten?“, fragt er in die Runde. Der deutsche Garantierahmen innerhalb des Rettungsschirms betrage 211 Milliarden Euro. „Der wird nicht erhöht“, sagt er auf bohrende Fragen der Opposition und auf Gerüchte, der EFSF



11.05 Uhr: Lammert kündigt an, dass die beiden Koalitionsabgeordneten Klaus-Peter Willsch (CDU) und Frank Schäffler (FDP) danach „nicht im Namen“ ihrer Fraktionen reden werden. Fraktionschef Kauder verzieht das Gesicht.



11.06 Uhr: Der Hesse Willsch begründet seine Ablehnung des Rettungsschirms. Das Risiko sei zu groß, es werde mit Geld abgedeckt, das der Staat nicht habe. „Wir leihen Geld von unseren Enkeln.“ Dass die Abweichler reden durften, hat später ein Nachspiel im Ältestenrat. Lammert wird dort gerüffelt.



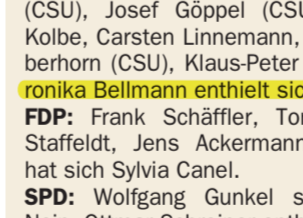
11.35 Uhr: Ein „Panorama“-Team befragt den ganzen Vormittag Abgeordnete. Nur jeder Zweite weiß, wie groß die deutsche Garantiesumme exakt ist: 211 Milliarden Euro.



11.54 Uhr: Beginn der namentlichen Abstimmung. Dichtes Gedränge um die Wahlurnen.



11.55 Uhr: Die Spannung ist auf dem Höhepunkt, auch für die ausländischen Fernsichtteams, die so zahlreich wie nie im Reichstagsflur aufgestellt sind. Silvia Wadhwa vom US-Sender CNBC erklärt ihren Zuschauern das „Merkelings“ – in der amerikanischen Presse bereits ein fester Begriff für Zaudern und Mangel an Führungskraft.



12.43 Uhr: Unions-Fraktionsgeschäftsführer Peter Altmaier schickt die erlösende SMS an Angela Merkel: 315 Stimmen, vier über Kanzlermehrheit, am Ende drückt er noch ein Smiley dazu. Aufatmen im Regierungslager. „Jetzt geh' ich was trinken“, verrät der von Kameras umringte schwergewichtige CDU-Mann. Sekt oder Selters? Apfelschorle.



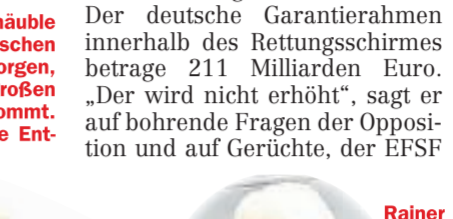
12.46 Uhr: Der SPD-Haushaltsexperte Carsten Schneider hält dagegen: Der „Hebel“, die Ausweitung des Fonds, sei bereits beschlossene Sache. Die Regierung handle als „Getriebene“. Statt Europa zu führen, habe Angela Merkel mit



können nahezu unbegrenzt neue Kredite ausreichen (Hebelwirkung). Auf die Intervention eines Grünen-Abgeordneten hin, sagt der Bundeskassenwart, die Details der ESFS-Anwendung (Guidelines) seien noch „nicht verhandelt“. Doch jede „Verdächtigung“, der Schirm werde ausgedehnt, sei „unanständig und unangenehm“.

10.28 Uhr: Wolfgang Schäuble rollt ans Rednerpult. Es wird ruhiger im Saal. Er verweist auf die Sorgen der Menschen um die Stabilität der Währung. „Sind unsere Entscheidungen zu verantworten?“, fragt er in die Runde. Der deutsche Garantierahmen innerhalb des Rettungsschirms betrage 211 Milliarden Euro. „Der wird nicht erhöht“, sagt er auf bohrende Fragen der Opposition und auf Gerüchte, der EFSF

11.05 Uhr: Lammert kündigt an, dass die beiden Koalitionsabgeordneten Klaus-Peter Willsch (CDU) und Frank Schäffler (FDP) danach „nicht im Namen“ ihrer Fraktionen reden werden. Fraktionschef Kauder verzieht das Gesicht.



11.06 Uhr: Der Hesse Willsch begründet seine Ablehnung des Rettungsschirms. Das Risiko sei zu groß, es werde mit Geld abgedeckt, das der Staat nicht habe. „Wir leihen Geld von unseren Enkeln.“ Dass die Abweichler reden durften, hat später ein Nachspiel im Ältestenrat. Lammert wird dort gerüffelt.



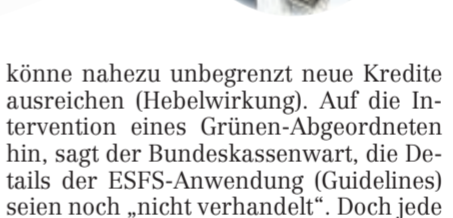
11.35 Uhr: Ein „Panorama“-Team befragt den ganzen Vormittag Abgeordnete. Nur jeder Zweite weiß, wie groß die deutsche Garantiesumme exakt ist: 211 Milliarden Euro.



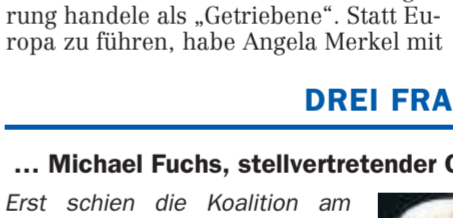
11.54 Uhr: Beginn der namentlichen Abstimmung. Dichtes Gedränge um die Wahlurnen.



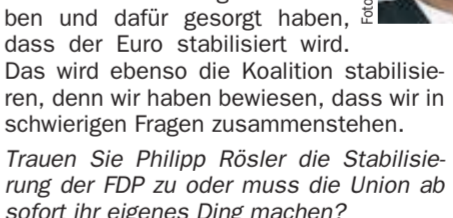
11.55 Uhr: Die Spannung ist auf dem Höhepunkt, auch für die ausländischen Fernsichtteams, die so zahlreich wie nie im Reichstagsflur aufgestellt sind. Silvia Wadhwa vom US-Sender CNBC erklärt ihren Zuschauern das „Merkelings“ – in der amerikanischen Presse bereits ein fester Begriff für Zaudern und Mangel an Führungskraft.



12.43 Uhr: Unions-Fraktionsgeschäftsführer Peter Altmaier schickt die erlösende SMS an Angela Merkel: 315 Stimmen, vier über Kanzlermehrheit, am Ende drückt er noch ein Smiley dazu. Aufatmen im Regierungslager. „Jetzt geh' ich was trinken“, verrät der von Kameras umringte schwergewichtige CDU-Mann. Sekt oder Selters? Apfelschorle.



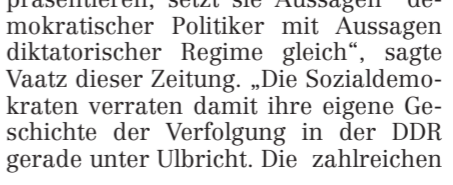
12.46 Uhr: Der SPD-Haushaltsexperte Carsten Schneider hält dagegen: Der „Hebel“, die Ausweitung des Fonds, sei bereits beschlossene Sache. Die Regierung handle als „Getriebene“. Statt Europa zu führen, habe Angela Merkel mit



12.48 Uhr: Der SPD-Haushaltsexperte Carsten Schneider hält dagegen: Der „Hebel“, die Ausweitung des Fonds, sei bereits beschlossene Sache. Die Regierung handle als „Getriebene“. Statt Europa zu führen, habe Angela Merkel mit



12.48 Uhr: Der SPD-Haushaltsexperte Carsten Schneider hält dagegen: Der „Hebel“, die Ausweitung des Fonds, sei bereits beschlossene Sache. Die Regierung handle als „Getriebene“. Statt Europa zu führen, habe Angela Merkel mit



12.48 Uhr: Der SPD-Haushaltsexperte Carsten Schneider hält dagegen: Der „Hebel“, die Ausweitung des Fonds, sei bereits beschlossene Sache. Die Regierung handle als „Getriebene“. Statt Europa zu führen, habe Angela Merkel mit



STICHWORT

Euro-Rettungsfonds EFSF

Bei der Reform des Euro-Rettungsfonds ging es um Änderungen, die die Euro-Staats- und Regierungschefs beschlossen hatten. Der EFSF soll 2013 vom dauerhaften Rettungsschirm ESM abgelöst werden:

GARANTIERAHMEN: Damit der EFSF-Fonds – eine bis Juli 2013 befristete Zweckgesellschaft „Europäische Finanzstabilisierungsfazilität“ – in vollem Umfang 440 Milliarden Euro Notkredite an Länder vergeben und sich dafür günstig Geld borgen kann, wird der Garantierahmen auf 780 Milliarden Euro aufgestockt. Mit dieser höheren Bürgschaft soll die Bestnote bei der Kreditwürdigkeit von EFSF-Schuldenspenden gesichert werden. Deutschland schuldet von dem erhöhten Garantierahmen rund 211 Milliarden Euro. Einschließlich eines Risikopuffers, um den Ausfall eines anderen Euro-Landes als Bürge aufzufangen, sind es bis zu

253 Milliarden Euro. Lasten für die Steuerzahler entstehen erst dann, wenn ein mit den Hilfen gestütztes Land am Ende doch zahlungsunfähig wird.

NEUE INSTRUMENTE: Künftig kann der EFSF-Rettungsfonds Staatsanleihen kriselnder Euro-Staaten aufkaufen – auch von Investoren und nicht nur von Regierungen. Außerdem kann er vorsorglich eingreifen und einem verschuldeten Land eine Kreditlinie bereitstellen. Schließlich soll der EFSF Geld an Staaten verleihen, um ihre Finanzinstitute zu stützen.

AUFLAGEN: Der EFSF gewährt dann Mittel, wenn dies unabhängig ist, um die Stabilität der Euro-Zone zu wahren. Die Nothilfen sind an strenge Auflagen gebunden und müssen einstimmig gebilligt werden.

BETEILIGUNGSRECHTE: Künftig wird der Bundestag in alle Entscheidungen über Euro-Hilfsaktionen eingebunden. dpa

HINTERGRUND

Die Abweichler bei der Euro-Abstimmung

Folgende Abgeordnete stimmten mit Nein oder enthielten sich:

Union: Wolfgang Bosbach, Thomas Dörfinger, Herbert Frankenhauser (CSU), Alexander Funk, Peter Gauweiler (CSU), Josef Göppel (CSU), Manfred Kolbe, Carsten Linnemann, Thomas Silberhorn (CSU), Klaus-Peter Willsch. **Veronika Bellmann enthielt sich.**

FDP: Frank Schäffler, Torsten Heiko Staffeldt, Jens Ackermann. Enthalten hat sich Sylvia Canel.

SPD: Wolfgang Gunkel stimmte mit Nein. Ottmar Schreiner enthielt sich.

Grüne: Hans-Christian Ströbele enthielt sich.

Linke: Alle 70 anwesenden Abgeordneten stimmten mit Nein. dpa

DREI FRAGEN AN ...

... Michael Fuchs, stellvertretender CDU/CSU-Fraktionschef im Bundestag

Erst schien die Koalition am Ende, jetzt hat es bei der Euro-Rettung zur Kanzlermehrheit gereicht. Wie werden nun die letzten zwei schwarz-gelben Jahre?

Es ist sehr positiv, dass wir mit einer Kanzlermehrheit Europa einen Schritt weitergebracht haben und dafür gesorgt haben, dass der Euro stabilisiert wird. Das wird ebenso die Koalition stabilisieren, denn wir haben bewiesen, dass wir in schwierigen Fragen zusammenstehen.

Trauen Sie Philipp Rösler die Stabilisierung der FDP zu oder muss die Union ab sofort ihr eigenes Ding machen?

Ich gehe davon aus, dass Philipp Rösler es schaffen wird, die FDP zu stabilisieren und wir dann gemeinsam eine vernünftige Politik für Deutschland machen können. Die Zahlen beweisen, dass wir auf dem



richtigen Weg sind. Zurzeit haben wir den niedrigsten Stand der Arbeitslosigkeit seit mehr als 20 Jahren.

Findet diese Koalition bis 2013 noch ein gemeinsames Ziel?

Es ist wichtig, dass wir die europäische Stabilisierung als gemeinsames Ziel definieren. Hier haben wir eine schwierige Aufgabe zu bewerkstelligen. Aber wir sind mit dieser Abstimmung einen entscheidenden Schritt weitergekommen. Wir sind auf einem richtigen Weg. Stabilität nach Europa zu bringen, ist die Aufgabe dieser Koalition. Und wir haben bereits begonnen, zum Beispiel damit, dass die Schuldenbremse, die wir im deutschen Grundgesetz haben, jetzt auch in anderen Ländern anerkannt wird.

Interview: Dieter Wonka

Entrüstung über Ulbricht-Zitat

SPD provoziert mit Anti-Merkel-Kampagne / Unionsfraktions-Vize Vaatz: Maueropfer werden für Schlammschlacht missbraucht

Berlin. Eine provokante Anzeigenkampagne der SPD-Bundestagsfraktion zur Zwischenbilanz der Bundesregierung sorgt in Berlin für heftigen Streit. In der Anzeige, die gestern in mehreren überregionalen Zeitungen geschaltet wurde, wirft die SPD der Regierung und insbesondere Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) vor, nach der Hälfte der Wahlperiode jede Glaubwürdigkeit verspielt zu haben und damit Deutschlands Zukunft zu gefährden. Überschriften ist die Anzeige mit dem Spruch: „Niemand hat die Absicht...“ und dann weiter: „...Atomkraftwerke abzuschalten! ... die Wehr-

pflicht abzuschaffen! ... Griechenland umzuschulden!“ Die ersten beiden Punkte sind mit roten Balken durchgestrichen. Das Zitat nimmt Bezug auf den DDR-Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht, der 1961, kurz vor dem Mauerbau, versichert hatte, niemand habe die Absicht, eine Mauer durch Berlin zu ziehen. Kurz danach war die deutsche Teilung Realität.

CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe reagierte empört: Die SPD versuche, die Kanzlerin in die „Nähe des SED-Diktators Walter Ulbricht zu rücken“. Das sei einer demokratischen Partei



Die umstrittene Anzeige der SPD – die Kanzlerin unter Ulbrichts Zitat-Anleihe.

nicht würdig. Die Anzeige sei „Primitiv-niemlich“. Unionsfraktions-Vize Arnold Vaatz (CDU), der aus Sachsen stammt, warf der SPD vor, „den Bereich der legitimen politischen Auseinandersetzung“ verlassen zu haben. „Statt der Öffentlichkeit eigene Vorschläge für die Lösung der Staatsschuldenkrise zu präsentieren, setzt sie Aussagen demokratischer Politiker mit Aussagen diktatorischer Regime gleich“, sagte Vaatz dieser Zeitung. „Die Sozialdemokraten verraten damit ihre eigene Geschichte der Verfolgung in der DDR gerade unter Ulbricht. Die zahlreichen

Opfer der Mauerbaus haben es nicht verdient, von der SPD derart für eine politische Schlammschlacht missbraucht zu werden.“

Die SPD ist derweil um Schadensbegrenzung bemüht. Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Thomas Oppermann, versicherte: „Niemand hat die Absicht, Angela Merkel mit Walter Ulbricht zu vergleichen.“ Vielmehr visualisiere die Anzeige die mangelnde Glaubwürdigkeit der Regierung. Diese „schmerzhaft Botschaft“ schein bei den Adressaten angekommen zu sein. *Peter Kosfeld/Andreas Debski*